

**Sperrfrist:
Montag, 26. April 2004
10.00 Uhr**

Es gilt das gesprochene Wort



Jahresmedienkonferenz

Klimapolitik – Bekenntnis zu einem flexiblen CO₂-Gesetz und Ja zu einer pragmatischen Lösung beim Klimarappen

Florent Roduit, Mitglied der Geschäftsleitung economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

1. Für die internationale Gemeinschaft stellt die Bewältigung der Klima-Problematik eine der grössten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte dar. Während in der Fachwelt die Diskussionen um Ursachen und Ausmass der klimatischen Veränderungen andauern, besteht in politischen Kreisen kein Zweifel, dass das Vorsorgeprinzip angewendet werden muss. economiesuisse teilt die Auffassung, dass gehandelt werden muss, und zwar weltweit und koordiniert¹. Vor diesem Hintergrund unterstützten wir die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls² und akzeptierten die Ziele des CO₂-Gesetzes, das auf multilateraler Ebene eingegangene Verpflichtungen in unser nationales Recht aufnimmt. Die Spielregeln waren also klar und wurden von allen akzeptiert.
2. Doch heute ist die Lage weniger klar. Man kann sogar sagen, dass die Klimapolitik in der Krise steckt. Die Hauptursache ist die Unsicherheit bezüglich der Umsetzung des Kyoto-Protokolls: Die Vereinigten Staaten wollen sich vom Kyoto-Prozess lösen, Russland hat das Protokoll bisher nicht ratifiziert, was bedeutet, dass das Quorum für das Inkrafttreten des Protokolls noch nicht erreicht ist³. In Europa gibt diese Situation bei den Verantwortlichen von Politik und Wirtschaft zu Sorgen Anlass. Man befürchtet, dass Europa einen allfälligen Alleingang teuer bezahlen wird, insbesondere punkto Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung. Das führt in vielen Ländern dazu, dass die nationalen Klimagas-Ziele und die ent-

¹ Der Anteil der Schweiz an den weltweit durch den Menschen verursachten CO₂-Emissionen beträgt 0,2%.

² 1997 verabschiedeten 159 Länder an der 3. Vertragsstaatenkonferenz zum UN-Rahmenabkommen über Klimaänderungen in Kyoto das Protokoll, das 38 Industrieländer dazu verpflichtet, den Ausstoss von Treibhausgasen zu senken.

³ Damit das Protokoll in Kraft treten kann, muss es von mindestens 55 Vertragsstaaten, die 1990 gemeinsam für mindestens 55% der von den Industrieländern verursachten Kohlendioxid-Emissionen verantwortlich waren, ratifiziert werden.

sprechenden Mittel wieder in Frage gestellt werden, und dass private Investitionen in den betroffenen Bereichen hinausgeschoben werden.

3. In der Schweiz stellen sich zwar dieselben Fragen, aber die Umstände sind doch etwas anders. Mit dem CO₂-Gesetz hat nämlich unser Land bereits klare Ziele formuliert⁴ und den Rahmen der dazu notwendigen Mittel festgelegt. Zur Senkung des CO₂-Ausstosses stützt sich das Gesetz in erster Linie auf freiwillige Massnahmen und anerkennt gleichzeitig die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls. Sollte sich herausstellen, dass die Ziele nicht erreicht werden können, hat der Bund das Recht, eine Lenkungsabgabe auf fossile Energien zu erheben⁵. Diese Abgabe kommt also erst als letzte Massnahme zum Zug. Auf dieser gesetzlichen Grundlage wurde auch die Energie-Agentur der Wirtschaft gegründet. Mittlerweile nehmen gut 1000 Firmen am Programm zur Steigerung der Energieeffizienz und zur CO₂-Emissionsreduktion teil. Die bisher erzielten Ergebnisse der Agentur geben Grund zur Zuversicht. Das zeigt, dass die Unternehmen ihre Verantwortung für die Umwelt ernst nehmen. Ohne zusätzliche Massnahmen werden die guten Ergebnisse der Agentur – die primär den Brennstoffbereich abdecken – jedoch nicht ausreichen, um die Ziele des CO₂-Gesetzes zu erreichen. Es ist der Treibstoff-Sektor, der ernsthafte Probleme bereitet, denn statt der angestrebten Senkung von 8% beobachten wir heute eine Zunahme der Treibstoff-Emissionen von rund 6% – mitbeeinflusst durch den hohen Anteil der Betankung durch Ausländer, die gemäss dem durch das Kyoto-Protokoll vorgezeichneten Mechanismus unserer CO₂-Bilanz angelastet werden (Absatzprinzip).
4. Weil es nicht möglich ist, die erfolgreichen Massnahmen der Energie-Agentur einfach auf den Verkehr zu übertragen, nicht zuletzt wegen der vielen Privatverbraucher, schlagen deshalb die Erdöl-Vereinigung und die Strassenverbände einen Klimarappen vor. Das Prinzip ist einfach: Beim Verkauf von Treibstoff wird eine Abgabe von etwa einem Rappen⁶ pro Liter erhoben. Mit diesem Ertrag sollen in der Schweiz und im Ausland Massnahmen zur Schliessung der verbleibenden Lücke zwischen den erzielten Ergebnissen und dem gesetzlichen Ziel⁷ finanziert werden. Ein grosser Teil der finanziellen Mittel wird in der Schweiz eingesetzt, und zwar sowohl bei den Treibstoffen als auch bei den Brennstoffen – es handelt sich also um ein integrales Konzept⁸. Ein Teil der Einnahmen soll für den Erwerb von Emissionszertifikaten im Ausland eingesetzt werden. Auf diese Weise ist eine CO₂-Abgabe vorerst nicht erforderlich; sie bleibt aber ein möglicher Ausweg, wenn der Klimarappen nicht ausreichen sollte.

⁴ Bis ins Jahr 2010 sollen die Emissionen insgesamt um 10% unter das Niveau von 1990 gesenkt werden. Bei den Brennstoffen ist eine Senkung von 15% und bei den Treibstoffen eine Reduktion von 8% vorgesehen.

⁵ Diese Abgabe beträgt höchstens 210 Franken pro Tonne CO₂, was einer Verteuerung des Treibstoffpreises von 50 Rappen pro Liter entspricht.

⁶ Die Abgabe beläuft sich auf höchstens 1,9 Rappen und bringt je nach Höhe einen Ertrag von 70 bis 130 Millionen Franken pro Jahr ein.

⁷ Im Jahr 2010 muss eine Ziellücke von 3 bis 3,5 Millionen Tonnen CO₂ geschlossen werden.

⁸ Unserer Meinung nach kann der Klimarappen auch für die Ziele im Brennstoffbereich nutzbar gemacht werden, wo – ähnlich wie im Treibstoffbereich – ebenfalls viele Privatkonsumenten betroffen sind.

5. Die leitenden Gremien von *economiesuisse* unterstützen den Klimarappen aus folgenden Gründen:
- **Effiziente und effektive Lösung.** Erstens ist der Klimarappen aus ökologischer und ökonomischer Sicht eine effiziente Massnahme. Weil die Klimaprobleme den ganzen Planeten betreffen, hat der Ort, an dem die Emissionen erzeugt und gesenkt werden, keinen Einfluss auf die globale Klimabilanz. Um den bestmöglichen ökonomischen und ökologischen Ertrag zu erreichen, muss man also die beschränkten verfügbaren Mittel dort einsetzen, wo die grösste Wirkung erzielt werden kann⁹. Eine maximale Wirkung kann auf dem Zertifikatsmarkt, der z.B. mit Unterstützung der Weltbank und der UNO entsteht, erreicht werden. Bei der Einführung einer CO₂-Abgabe würde eine Senkung der Emissionen hauptsächlich über eine rein buchhalterische Verbesserung der Schweizer Energiebilanz erreicht, da der Benzintourismus von der Schweiz ins Ausland gefördert würde. Die CO₂-Abgabe würde also einfach zu einem Export unserer Klimaprobleme führen, so dass die Emissionen der Schweiz viel weniger reduziert würden als mit dem Klimarappen. Dieser verbindet deshalb ökologische und wirtschaftliche Effizienz.
 - **Wirtschaftlich tragbar.** Zweitens kann unsere Volkswirtschaft den Klimarappen verkraften. In Anbetracht der üblichen Preisschwankungen auf dem Benzinmarkt wäre die entsprechende Preiserhöhung kaum spürbar.
 - **Haushaltneutral.** Drittens belastet der Klimarappen den Bundeshaushalt nicht. Die CO₂-Abgabe würde dagegen zu einer Senkung der Einnahmen aus der Mineralölsteuer von etwa 650 Millionen Franken pro Jahr führen, was die Bundeskasse schwer belasten würde.
 - **Internationale Anbindung.** Und schliesslich ist der Klimarappen im Gegensatz zur CO₂-Abgabe ein sehr weltoffenes Projekt, das unserem Land den Zugang zum viel versprechenden Zertifikatsmarkt stark erleichtert.
6. Aus all diesen Gründen sind wir der Ansicht, dass man das Potenzial der freiwilligen Massnahmen ausschöpfen sollte¹⁰, bevor man eine Abgabe einführt. Wir fordern also keine Änderung des CO₂-Gesetzes, sondern die Nutzung der vom CO₂-Gesetz vorgesehenen Flexibilität bei seiner Umsetzung. Daher lehnen wir die beiden von Bundesrat Leuenberger angestrebten Varianten ab, die eine vorzeitige Einführung der CO₂-Abgabe vorsehen, und plädieren für den pragmatischen und effizienten Klimarappen.

26. April 2004

⁹ Experten schätzen, dass eine Senkung um eine Tonne CO₂ in der Schweiz etwa 200 Franken und im Ausland 18 Franken kostet.

¹⁰ Der Klimarappen ist eine freiwillige Massnahme im Sinne des CO₂-Gesetzes, vergleichbar mit der vorgezogenen Entsorgungsgebühr auf elektrischen und elektronischen Geräten, PET-Flaschen usw.